



# Was ist dran an Putins Thesen?

Bild: Pixabay

## **Desinformation im Ukraine-Krieg**

Eine Analyse der „Buzzard“-Nachrichtenredaktion von Felix Friedrich, Sebastian Garthoff, Timon Hruschka und Judith Wittpoth

# Desinformation im Ukraine-Krieg

## Was ist dran an Putins Thesen?

Am 24. Februar 2022 machte der russische Präsident Wladimir Putin ernst: Er gab seinen Truppen das Kommando, in die Ukraine einzumarschieren. Seither wütet im Land ein erbitterter Krieg – mitten in Europa.

Warum Putin den Konflikt um das vermeintliche „Brudervolk“ mit seinem militärischen Angriff auf die Spitze treibt, wird seither kontrovers diskutiert. In seiner **TV-Ansprache**<sup>1</sup>, die der Kreml-Chef kurz vor Kriegsbeginn im russischen Staatsfernsehen hielt, untermauerte er seinen Anspruch auf die Ukraine anhand diverser umstrittener Thesen. Das folgende Essay zielt darauf ab, drei zentrale Behauptungen des russischen Machthabers methodisch zu hinterfragen.

### INHALT

#### **THESE 1** ..... S. 4

##### Was ist dran an Putins Genozid-Vorwurf?

Gibt es irgendwelche stichhaltigen Belege für die Behauptung, dass die russische Bevölkerung in der Donbass-Region von Seiten der Ukraine systematisch unterdrückt wird?

#### **THESE 2** ..... S. 9

##### Wie steht es um Russlands Anspruch auf Sicherheitsgarantien?

Hat das Militärbündnis der NATO die Sicherheit der Russischen Föderation bewusst aufs Spiel gesetzt, indem sie sich jahrelang nach Osten erweiterte? Und trägt sie deshalb die Verantwortung für die Eskalation?

#### **THESE 3** ..... S. 15

##### Ist der in Demokratien als „Kriegsheld“ gefeierte ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nur eine „Puppe“ westlicher Mächte, wie es in russischen Staatsmedien heißt?

Muss das ukrainische Volk somit von einem vermeintlichen „Marionettenstaat“ befreit werden?

1 24. Februar 2022, Der Spiegel: <https://www.youtube.com/watch?v=UsTkbnV1x4E>

# „Was ist dran an Putins Thesen?“

Unter dieser Fragestellung hat ein vierköpfiges Redaktionsteam der Politik- und Medienanalyse-Plattform „Buzzard“ die Thesen im Rahmen einer Sonderausgabe von „[Was bewegt NRW?](#)“<sup>2</sup> analysiert und seine Ergebnisse in diesem Symposium zusammengefasst. Für diesen Report wurde auf eine breite Auswahl an Berichten und Analysen von Qualitätsmedien, Forschungseinrichtungen sowie Nichtregierungsorganisationen zurückgegriffen. Ziel ist, ein sachliches, Fakten-basiertes Urteil zu den diskutierten Thesen zu ermöglichen und verschiedene Blickwinkel auf die NATO-Osterweiterung, die Vorwürfe der westlichen Instrumentalisierung der Ukraine sowie eines vermeintlichen Genozids im Donbass zu eröffnen.

Angesichts der in Russland geltenden Restriktionen gegen die Presse sowie der daraus resultierenden Falschbehauptungen kamen russische Quellen für die vorliegende Analyse nicht – oder nur in äußerst seltenen Fällen – in Betracht. In Russland werden Journalist:innen, die nicht staatskonform berichten, seit 2021 vorwiegend als „ausländische Agenten“ bezeichnet. Dem russischen Staat gibt das die Möglichkeit, Redaktionen zu schließen und Medienschaffende zu inhaftieren. Daneben herrscht in russischen Medien ein Sprechverbot über den Krieg in der Ukraine. Russische Websites, auf die aus Deutschland noch zugegriffen werden kann, sprechen von einer „russischen Spezialoperation“, um die Ukraine zu „befreien“.

Freedom House, eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Washington, die sich weltweit für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzt und 1941 unter anderem von US-Menschenrechtsaktivist und Präsidentengattin Eleanor Roosevelt als Reaktion auf den Nationalsozialismus und den erstarkenden Kommunismus in Russland gegründet worden ist, bewertet die gesamtgesellschaftliche Freiheit im „[Annual Freedom World Report 2022](#)“<sup>3</sup> in Russland mit 19 von 100 Punkten. Zum Vergleich: Deutschland schneidet mit 94 Punkten ab. Auch der Pressefreiheitsindex der REPORTER OHNE GRENZEN attestiert Russland grobe Mängel: Das Land belegt den 150. von 180 Plätzen weltweit.



Bild: Pixabay

2 April 2022, lpb.nrw: <https://www.politische-bildung.nrw.de/themen/was-bewegt-nrw>

3 April 2022, freedomhouse.org: <https://freedomhouse.org/country/russia/freedom-world/2022>

**THESE 1**

„Seit 2014 unterdrückt der ukrainische Staat in der Donbass-Region im Osten des Landes systematisch die russische Bevölkerung.“ (Putin spricht sogar von einem „Genozid“)



Bild: Pixabay

„Die Beweise für den Völkermord wurden offenbar acht Jahre lang allen Menschenrechtsinstitutionen der freien und zivilisierten Welt vorgelegt. Und dort wurden sie konsequent ignoriert. Die Wahrheit über den Völkermord an den Russen in der Ukraine ist für niemanden von Vorteil und nicht notwendig.“

RIA (Russische Agentur für internationale Informationen),  
„Von Europa belächelter Völkermord“,  
28.02.2022

„Was im Donbass passiert, das ist ein Genozid.“ Diese Worte äußerte der russische Präsident Wladimir Putin nach seinem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz am 15. Februar 2022. Ein Vorwurf, der zu diesem Zeitpunkt von Scholz noch milde belächelt wurde, schien er doch aus westlicher Sicht zu absurd, um ihn ernsthaft zu widerlegen. Für einen Genozid, einen Völkermord, an der russischsprachigen Bevölkerung auf ukrainischem Territorium gibt es keine belastbaren Belege. Dennoch: Nur wenige Tage später griff Putin diesen Begriff erneut auf, als er am 21. Februar die Anerkennung der selbsternannten „Volksrepubliken“ Lugansk sowie Donezk und am 24. Februar den Einmarsch in die Ukraine verkündete. Wörtlich begründete Putin den „militärischen Spezialeinsatz“ in der Ukraine mit „dem Schutz jener Menschen, die seit acht Jahren den Schikanen und dem durch das Kiewer Regime verübten Genozid ausgesetzt sind“. Millionen von Russinnen und Russen glauben dieses Kriegsmotiv bis heute.

### Genozid in russischer Lesart

Tatsächlich gilt ein Genozid als legitimer Grund für ein militärisches Eingreifen. Der Völkermord-Begriff stellt dabei keine subjektive politische Einschätzung dar, sondern einen völkerrechtlichen Begriff, der in der „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ der Vereinten Nationen definiert wird. Dem zufolge findet ein Völkermord statt, „wenn eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe – unter Vorsatz und gezielt – als solche ganz oder teilweise zerstört wird“.

In den ostukrainischen Oblasten Donezk und Luhansk mit ihrer Bevölkerung von vier bzw. zwei Millionen Menschen gehören jeweils knapp 40 Prozent zur russischen Minderheit. Noch höher ist der Anteil der russischen Muttersprachler:innen. Dieser liegt laut der bislang einzig umfassenden Volkszählung von 2001 in der Oblast Donezk bei knapp 75 Prozent, in der Oblast Luhansk bei 68 Prozent. Nach Moskauer Lesart streben diese ethnischen Russ:innen und russischsprachigen Menschen im Donbass nach Autonomie; die ukrainische Regierung wiederum – so der Vorwurf – unterdrücke diese Gruppe und drohe mit Vernichtung.

Seit 2019 gab Russland in der Ostukraine russische Pässe aus. Beobachter warnten schon damals, dass der Verweis auf den Schutz russischer Staatsangehöriger einmal als Kriegsgrund missbraucht werden könnte. Bis zum Vorabend des Ukraine-Krieges sollen im Donbass etwa 720.000 russische Pässe ausgegeben worden sein.

## Was geschah in Odessa 2014?

Bei den Behauptungen über einen vermeintlichen Genozid werden von prorussischer Seite immer wieder die Ereignisse vom 2. Mai 2014 in der am Schwarzen Meer im Süden der Ukraine gelegenen Hafenstadt Odessa angeführt. Wie der Jurist Dr. Eike Fesefeldt, Staatsanwalt beim Generalbundesanwalt und Dozent an der Wittenborg University of Applied Sciences, auf dem Fachportal [LEGAL TRIBUNE ONLINE \(LTO\)](#)<sup>4</sup> festhält, markierte dieses Ereignis den eigentlichen Beginn des Bürgerkrieges in der Ostukraine zwischen ukrainischen Streitkräften und Freiwilligentruppen auf der einen und prorussischen Milizen sowie regulären russischen Truppen auf der anderen Seite.

Nach dem Ende der Euromaidan-Proteste im Februar 2014, der Bildung einer neuen ukrainischen Regierung und der darauffolgenden Annexion der Krim durch Russland im März sowie der Ausrufung der selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk im April kam es am 2. Mai in Odessa zu Straßenschlachten zwischen prowestlichen und prorussischen Kräften. Bei den Kämpfen sowie einem Brand in einem Gewerkschaftshaus starben 48 prorussische Aktivisten. Weitere 250 wurden verletzt.

Die damaligen Ereignisse zählen bis zum Beginn des Krieges im Februar 2022 zu den größten Tragödien der andauernden Ukraine-Krise. Bereits am Tag danach, als noch überhaupt nicht klar war, was genau geschehen ist, sprach das russische Fernsehen von einem Genozid im Südosten des Landes. Wie STERN-Reporter Andreas Albes schon ein Jahr nach den Geschehnissen schrieb, sei der 2. Mai von Odessa von weiteren Ereignissen überlagert worden. Dazu zählt er den Abschuss der malaysischen Passagiermaschine [MH 17](#)<sup>5</sup>, der Kampf um den [Flughafen von Donezk](#)<sup>6</sup> oder die Schlacht um [Mariupol](#)<sup>7</sup>. „Aber ohne den 2. Mai wäre all das vielleicht gar nicht geschehen.“

Was damals genau geschah, ist bis heute ungeklärt. Laut Jurist Fesefeldt sei eine wirkliche strafrechtliche Aufarbeitung nie erfolgt. „Stand heute wurde niemand für den Brand und die dortigen Todesfälle bestraft und es ist auch nicht bekannt, wer das Feuer legte“, so Fesefeldt. Fakt ist: Aufgrund der mangelnden Beweislast gibt es keinen Beleg für die russischen Anschuldigungen und keinen Beweis

4 02. Mai 2014, LTO Legal Tribune Online, Dr. Eike Fesefeldt: [https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/2014-odessa-42-tote-buergerkreig-brand-ukraine-russland-un-europarat-ermittlungen-emrk/#\\_blank](https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/2014-odessa-42-tote-buergerkreig-brand-ukraine-russland-un-europarat-ermittlungen-emrk/#_blank)

5 18. Juli 2014, stern.de, von Dominik Brück: <https://www.stern.de/panorama/weltgeschehen/malaysia-airlines-wurde-die-maschine-aus-versehen-abgeschossen--3938348.html>

6 14. September 2014, stern.de: <https://www.stern.de/politik/ausland/ukraine-konflikt-artilleriebeschuss-am-flughafen-von-donezk-3616574.html>

7 25. Januar 2015, stern.de: <https://www.stern.de/politik/ausland/eskalation-in-ukraine--raketeneinschlag-verwandelt-strasse-in-mariupol-in-flammeninferno---video-3483122.html>

dafür, dass der Vorwurf eines Völkermords gerechtfertigt wäre. Der Genozid-Vorwurf kann demnach nicht ernsthaft aufrechterhalten werden. Doch ausgeräumt werden konnte der Vorwurf aufgrund einer fehlenden unabhängigen Untersuchung mit Blick auf dieses Ereignis eben auch nicht, was die russische Propaganda bis heute gezielt auszunutzen weiß.

Nach dem Treffen von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit Russlands Präsident Wladimir Putin am 15. Februar hat beispielsweise RT DE (die deutsche Ausgabe von RUSSIA TODAY) die Äußerungen von einem „Genozid“ im Donbass mit genau jenen Ereignissen am 2. Mai 2014 verknüpft. RT, mittlerweile in der EU gesperrt und verboten, gilt gemeinhin als russischer Propagandasender. Unter dem Titel „Kein Genozid im Donbass? Erinnern wir uns an Odessa 2014...“ wurden die damaligen, nie abschließend geklärten Ereignisse in Verbindung mit einem Genozid gebracht.

## Staatsversagen bei humanitärer Katastrophe

Die humanitäre Lage in den selbsternannten „Volksrepubliken“ im Osten der Ukraine verschlechterte sich im Kriegsverlauf zusehends. Der Vorwurf eines systematischen Völkermordes in der Ukraine hat allerdings weder damals noch heute bei internationalen Organisationen Verwendung gefunden. Vielmehr wurde sie von den Konfliktparteien selbst verwendet.

Der ukrainische Oligarch Rinat Achmetow hat seinerseits im Mai 2014 der russischen Seite einen „Genozid“ im Donbass vorgeworfen. Darauf weisen Matthew Kupfer und Thomas de Waal in einer Studie für die [Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden](#)<sup>8</sup> aus dem selben Jahr hin. Internationale humanitäre Organisationen haben diesen Begriff nicht angeführt, verwiesen stattdessen vielmehr auf den Anstieg typischer Symptome struktureller Armut wie Drogenmissbrauch, Alkoholismus und Prostitution, ebenso auf eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung oder Schulunterricht.

Der ukrainische Staat wird von westlichen Fachleuten dabei nicht gänzlich aus der Verantwortung genommen. Im Gegenteil: Wie zum Beispiel Sabine Fischer von der [STIFTUNG WISSENSCHAFT UND POLITIK](#)<sup>9</sup> ausführte, zeigte sich der ukrainische Staat der humanitären Notlage nicht gewachsen. Diese habe zum einen damit zu tun gehabt, dass die schwachen staatlichen Institutionen des Landes vor allem zu Beginn des Krieges schlicht überfordert waren. Zum anderen spielte laut Fischer auch die ambivalente Haltung weiter Teile der ukrainischen politischen Elite eine problematische Rolle. „Nicht wenige Politikerinnen und Politiker in Kyiw betrachten den Donbass als unnötige wirtschaftliche Belastung und seine Bevölkerung als rückwärtsgewandt und politisch unzuverlässig“, so Fischer in einer Studie aus dem Jahr 2019. Auch habe die ukrainische Seite mit einer Wirtschaftsblockade seit März 2017 die Isolation der Bevölkerung in den „Volksrepubliken“ weiter vertieft. Dadurch sei die Abhängigkeit von Russland nur noch verstärkt worden. Fischer schließt daraus, „dass Russland die De-Facto-Autoritäten und das militärische wie politische Geschehen in den Gebieten umfassend kontrolliert“.

Auch deshalb sei der Vorwurf eines Genozids der ukrainischen Streitkräfte an den Menschen im Donbass mehr als zweifelhaft. Vor dem Hintergrund des russischen Einflusses fragt sich der Osteuropa-Experte Ulrich Krökel in der [FRANKFURTER RUNDSCHAU](#)<sup>10</sup>: „Wie soll die ukrainische Armee einen Genozid in den Gebieten Donezk und Lugansk verüben, in denen seit acht Jahren kremltreue Separatisten die Kontrolle ausüben?“

8 28. Juli 2014, [carnegieendowment.org](https://carnegieendowment.org/2014/07/28/crying-genocide-use-and-abuse-of-political-rhetoric-in-russia-and-ukraine-pub-56265#_blank), von Thomas von Waal: [https://carnegieendowment.org/2014/07/28/crying-genocide-use-and-abuse-of-political-rhetoric-in-russia-and-ukraine-pub-56265#\\_blank](https://carnegieendowment.org/2014/07/28/crying-genocide-use-and-abuse-of-political-rhetoric-in-russia-and-ukraine-pub-56265#_blank)

9 2019, [swp-berlin.org](https://www.swp-berlin.org/en/publication/donbas-konflikt-schwieriger-friedensprozess#_blank), von Sabine Fischer: [https://www.swp-berlin.org/en/publication/donbas-konflikt-schwieriger-friedensprozess#\\_blank](https://www.swp-berlin.org/en/publication/donbas-konflikt-schwieriger-friedensprozess#_blank)

10 03. März 2022, [fr.de](https://www.fr.de/politik/ukraine-krise-konflikt-russland-putin-genozid-voelkermord-donbass-faktencheck-91361283.html#_blank), von Ulrich Krökel: [https://www.fr.de/politik/ukraine-krise-konflikt-russland-putin-genozid-voelkermord-donbass-faktencheck-91361283.html#\\_blank](https://www.fr.de/politik/ukraine-krise-konflikt-russland-putin-genozid-voelkermord-donbass-faktencheck-91361283.html#_blank)

## Kriegsverbrechen von beiden Konfliktparteien

Laut einem Faktencheck der [BBC](#)<sup>11</sup> auf Basis von Angaben der INTERNATIONAL CRISIS GROUP lebten bis zum Vorabend des Ukraine-Krieges etwa 600.000 Menschen auf beiden Seiten der Frontlinien in unsicheren Siedlungen, „wo sie täglich dem Beschuss durch Granaten und Landminen ausgesetzt sind und die Bewegungsfreiheit und die Grundversorgung stark eingeschränkt sind“.

Die Gefechte auf beiden Seiten wurden durch eine [OSZE-Sonderbeobachtermission](#)<sup>12</sup> dokumentiert. Bis zu den russischen Angriffen auf die Ukraine kamen demnach mehr als 14.000 Menschen beider Seiten ums Leben, darunter mehr als 3.000 Zivilpersonen.

[Amnesty International](#)<sup>13</sup> zufolge tragen dafür beide Konfliktparteien die Verantwortung. Sowohl von ukrainischer als auch von prorussischer Seite sei es zu Entführungen und Folter gekommen. Ein einseitiges Vorgehen der ukrainischen Seite gegen Menschen im Donbass beklagt AMNESTY INTERNATIONAL nicht.

## Massengräber als Beweis für angeblichen Genozid?

Jahrelang wurden die Behauptungen eines Genozids von russischer Seite mit Erzählungen über vermeintliche Massengräber in der Ostukraine gefüttert.

Wirklich konkrete Berichte zu einem vermeintlichen Völkermord wurden vom [Ermittlungskomitee der Russischen Föderation](#)<sup>14</sup> jedoch erst unmittelbar vor dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022 vorgelegt. Ihnen zufolge soll das ukrainische Militär für mutmaßliche Massenmorde im Jahr 2014 in der Ostukraine verantwortlich sein.

Doch die Angaben werfen Fragen auf, wie unter anderem Danilo Bilek in einem Beitrag für die [DEUTSCHE WELLE](#)<sup>15</sup> herausgearbeitet hat. Der Bericht der russischen Behörden ignoriere beispielsweise, dass seit Ausbruch des Konflikts im Donbass von beiden Seiten geschossen und der Waffenstillstand verletzt werde. Zudem herrschen auch über die Zahl der vermeintlichen Massengräber sowie der gefundenen Toten widersprüchliche Angaben, so Bilek. Der Anführer der selbsternannten „Volksrepublik Donezk“, Denis Puschilin, beispielsweise habe unmittelbar vor der Veröffentlichung des russischen Ermittlungsberichts noch von 130 Massengräbern gesprochen. Der russische Bericht wiederum spreche von „mindestens 295 Zivilisten“, die gefunden und exhumiert worden seien. Der Begriff der „Massengräber“ sei demnach aufgrund der Widersprüchlichkeit der Angaben sowie der Anzahl der Toten nicht sinnvoll anwendbar. Die ukrainische Nichtregierungsorganisation [„Truth Hounds“](#)<sup>16</sup> verweist zudem darauf, dass die einzig verfügbaren Fakten ausschließlich von russischer Seite oder prorussischen Kräften aus den selbsternannten „Volksrepubliken“ stammten. Laut der NGO, die mit den Botschaften der USA und der Schweiz sowie internationalen westlichen Menschenrechtsorganisationen zusammenarbeitet, gibt es keinerlei Hinweise aus der lokalen Bevölkerung und auch keine Untersuchungen internationaler Organisationen. Ihrerseits erheben die „Truth Hounds“-Autor:innen stattdessen den Vorwurf an die russische Seite, den Tod von Zivilpersonen politisch instrumentalisieren zu wollen.

11 22. Februar 2022, [bbc.com](#), von Reality Check-Team: [https://www.bbc.com/news/60477712#\\_blank](https://www.bbc.com/news/60477712#_blank)

12 März 2022, [osce.org](#): [https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine#\\_blank](https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine#_blank)

13 2014, Amnesty International: [https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CAT/Shared%20Documents/UKR/INT\\_CAT\\_NGO\\_UKR\\_18677\\_E.pdf#\\_blank](https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CAT/Shared%20Documents/UKR/INT_CAT_NGO_UKR_18677_E.pdf#_blank)

14 [geneva.mid.ru](#): [https://geneva.mid.ru/en\\_US/web/geneva\\_en/donbasstragedy#\\_blank](https://geneva.mid.ru/en_US/web/geneva_en/donbasstragedy#_blank)

15 18. Februar 2022, [dw.com](#), von Danilo Bilek: [https://www.dw.com/de/was-%C3%BCber-massengr%C3%A4ber-im-donbass-bekannt-ist/a-60832326#\\_blank](https://www.dw.com/de/was-%C3%BCber-massengr%C3%A4ber-im-donbass-bekannt-ist/a-60832326#_blank)

16 20. Februar 2022, [Analytics](#): <https://truth-hounds.org/en/mass-casualty-burials-in-the-uncontrolled-territories-of-the-donetsk-and-luhansk-regions/>

## Was ist also dran am Vorwurf Genozid?

Im Zuge des Ukraine-Konflikts hat es seit 2014 Kriegsverbrechen auf beiden Seiten gegeben, denen Tausende Unschuldige zum Opfer gefallen sind. Doch der russische Vorwurf eines „Genozids“ im völkerrechtlichen Sinne wird von praktisch allen seriösen Quellen zurückgewiesen – und von keinem westlichen Medium als stichhaltig beurteilt. Nur in russischen Staatsmedien wird der Vorwurf verbreitet. Hier fällt ferner auf, dass meist auf Putins Rede vom 15. Februar Bezug genommen wird und keine unabhängigen Quellen zur Stützung der These herangezogen werden.

Den Beweis, dass es im Donbass tatsächlich zu einem Genozid gekommen ist, sollte Russland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag erbringen. Nach dem russischen Angriff am 24. Februar 2022 hatte die Ukraine dort Klage eingereicht. In ihrem Antrag legte sie dar, dass der Einmarsch Russlands auf der falschen Behauptung eines Völkermordes beruhe und daher mit der Völkermord-Konvention unvereinbar sei und die Rechte der Ukraine verletze. Russland war der Verhandlung demonstrativ ferngeblieben.

### Anmerkungen der Redaktion:

Mit der FRANKFURTER RUNDSCHAU, dem LEGAL TRIBUNE ONLINE (LTO) dem TIME-Magazin und der BBC nehmen wir Bezug auf mehrere westliche Qualitätsmedien. Die FRANKFURTER RUNDSCHAU erschien erstmals 1945 und sollte ein linksliberales Gegenmodell zur eher konservativ ausgerichteten Frankfurter Konkurrenz (FAZ, FNP) darstellen. Das TIME-Magazin ist ein amerikanisches Nachrichtenmagazin aus New York, das zweimal monatlich erscheint. Auch das TIME-Magazin wird von MEDIA BIAS FACTCHECK als links der Mitte eingeordnet. Die BBC ist eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt des Vereinigten Königreichs. Im Gegensatz zur DEUTSCHEN WELLE hat die BBC nicht nur den schwerpunktmäßigen Auftrag, das eigene Land im Ausland zu repräsentieren, sondern setzt einen Schwerpunkt auch bei der Berichterstattung aus dem Ausland für das Inland. Das LTO ist ein Onlinemagazin, das Aktuelles aus Recht und Justiz publiziert und diskutiert. 2011 zeichnete der Verein der deutschen Fachpresse LEGAL TRIBUNE ONLINE als „Fachmedium des Jahres“ in den Kategorien „Recht/Wirtschaft/Steuern“ und „Beste Neugründung“ aus.

Um unabhängige Informationen über die Lage vor Ort im Donbass zu erhalten, nehmen wir außerdem Bezug auf die Nichtregierungsorganisationen Amnesty International, die International Crisis Group, die Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden sowie die überstaatliche Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der auch Russland angehört. Im Gegensatz zur International Crisis Group, die hauptsächlich durch westliche Länder finanziert wird und für diese Politikberatung betreibt, wird Amnesty International durch Spendengelder von Privatpersonen finanziert. Amnesty International kritisiert die USA in Publikationen gleichermaßen wie Russland.



**THESE 2**

## „Russland verteidigt sein eigenes Sicherheitsbedürfnis in Anbetracht einer möglichen NATO-Osterweiterung.“



Bild: Ukrainian Presidential Press Service

„Die Nordatlantische Allianz war und bleibt eine ständige Bedrohung für Russland und Weißrussland, mit der die Russische Föderation alliierte Verpflichtungen eingeht. Wenn sich die NATO nicht erweitert, nicht näher an die Grenzen Russlands herangerückt und Moskau nicht zu Vergeltungsmaßnahmen provoziert hätte, hätten viele Sicherheitsprobleme vermieden werden können“, sagte Kozyulin [Anm. der Red.: Kozyulin forscht an der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der Russischen Föderation].

RUSSIA TODAY,  
„Wie sich die NATO-Osterweiterung auf die globale Sicherheit ausgewirkt hat“,  
28.09.2020

„Sie haben uns betrogen“: Wladimir Putin wird nicht müde, zu betonen, die NATO habe mit der Osterweiterung gegen Russlands Sicherheitsinteressen verstoßen – und ihr Wort gebrochen. Fakt ist, dass die NATO ihr Territorium seit dem Jahr 1999 um 14 Länder aus dem östlichen Europa vergrößert hat. Wahr ist auch, dass es viele westliche Fachleute und Politiker:innen gibt, die die NATO-Osterweiterung kritisch betrachten. Ob aber die angeblichen Sicherheitsinteressen Russlands bloß ein Vorwand für den eigenen Machtausbau sind und ob es je eine verbindliche westliche Zusage gab, das Militärbündnis nicht gen Osten auszuweiten, darüber wird seit Jahren gestritten.

Weder Putin noch sein Vorgänger Boris Jelzin machten während ihrer Amtszeiten einen Hehl daraus, dass die NATO-Osterweiterung eine Bedrohung für Russland darstelle. Kurz nach der Krim-Annexion im Jahr 2014 beklagte Putin etwa in einer [Rede](#)<sup>17</sup>, sein Land sei „viele Male belogen“ und „vor vollendete Tatsachen“ gestellt worden. Jelzin bezeichnete die NATO-Osterweiterung schon im Jahr 1993 als „illegal“ – denn sie verstoße gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag aus dem Jahr 1990.

### Aktenfund stützt Moskaus These

Laut einer jüngsten [SPIEGEL](#)<sup>18</sup>-Recherche sollen Gesprächsprotokolle aus der Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung die Kreml-These stützen. Einer Aktennotiz zufolge signalisierte der deutsche Diplomat und ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt Jürgen Chrobog 1991 in einem Gespräch hochrangiger

<sup>17</sup> 23. März 2014, [derfunke.at](https://derfunke.at/aktuelles/international/europa/10051-die-folgen-des-anschlusses-der-krim-an-russland): <https://derfunke.at/aktuelles/international/europa/10051-die-folgen-des-anschlusses-der-krim-an-russland>

<sup>18</sup> 18. Februar 2022, [spiegel.de](https://www.spiegel.de), von Klaus Wiegrefe: <https://www.spiegel.de/ausland/nato-osterweiterung-aktenfund-stuetzt-russische-versi-on-a-1613d467-bd72-4f02-8e16-2cd6d3285295>

Vertreter des deutschen, des britischen, des französischen und des US-Außenministeriums, dass es eine mündliche Zusage gab, das NATO-Territorium nach Osten zu begrenzen: „Wir haben in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die NATO nicht über die Elbe hinaus ausdehnen wollen“, heißt es in der aufgetauchten Akte. Ob dieser historische Fund jedoch gleichzeitig die westliche Wortbrüchigkeit belegt, darüber sind sich politische Beobachter:innen uneinig.

### „Diese Aktennotiz ist historisch völlig irrelevant“

Der Osteuropa-Historiker Ignaz Lozo sieht in der Akte im [WELT](#)<sup>19</sup>-Interview keinen Mehrwert: „Diese Aktennotiz ist historisch völlig irrelevant.“ Sie sei nichts als eine subjektive Deutung des sechs Monate zuvor unterschriebenen Zwei-plus-Vier-Vertrags, argumentiert der Historiker. In dem schriftlichen Abkommen seien die Wörter „NATO“ und „Osterweiterung“ nicht zu finden. Zwar habe der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sich Anfang 1990 gegen eine NATO-Osterweiterung ausgesprochen. Doch das sei keineswegs Konsens der Bundesregierung gewesen: „Er hatte keinerlei Prokura“, gibt Lozo zu bedenken. Genscher sei also keineswegs bevollmächtigt gewesen, in dieser Angelegenheit im Namen der Regierung zu sprechen. Doch ob die undeutliche Faktenlage die Erweiterung der NATO um 14 Staaten seit dem Jahr 1999 gegenüber Russland legitimiert, darüber wird auch in Expertenkreisen kontrovers diskutiert.

### Osterweiterung als „unnötige Provokation Russlands“

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Ted Galen Carpenter ist Experte für Verteidigungs- und Außenpolitik am CATO INSTITUT, einer einflussreichen libertären Denkfabrik in den USA. Als Autor von zwölf Büchern, zahlreichen politischen Studien und diversen Gastbeiträgen für Leitmedien wie die NEW YORK TIMES, betrachtet Carpenter die NATO-Osterweiterung seit vielen Jahren als Spiel mit dem Feuer – und die Sicherheitsinteressen Moskaus durchaus als berechtigt. In seinem Gastbeitrag für die britische Tageszeitung [THE GUARDIAN](#)<sup>20</sup> macht er die „arrogante, tonlose Politik der NATO gegenüber Russland während des letzten Vierteljahrhunderts“ heute für die Eskalation im Ukraine-Krieg mitverantwortlich. Er hält es für wenig überraschend, dass eine Ausweitung des mächtigsten Militärbündnisses der Geschichte – der NATO – „zu einem tragischen, vielleicht gewaltsamen Abbruch der Beziehungen zu Moskau führen würde“. Bereits im Jahr 1994 warnte er in seinem Buch „Beyond NATO: Staying Out of Europe's Wars“: „Es wäre außerordentlich schwierig, die NATO nach Osten zu erweitern, ohne dass diese Maßnahme von Russland als unfreundlich angesehen würde.“ Es handele sich dabei um eine „unnötige Provokation Russlands“.

### „Man sollte aufpassen, dass man mit bestimmten Entscheidungen nicht noch Öl ins Feuer gießt“

Dass die Atlantische Allianz der Ukraine auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 eine Beitrittsperspektive eröffnete, stieß damals auch in Deutschland und Frankreich auf Vorbehalte: Immerhin stellten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy sich dem Plan von US-Präsident George W. Bush entgegen, die Ukraine und Georgien im Schnellverfahren in das Militärbündnis

19 26. Februar 2022, welt.de, von Sven Felix Kellerhoff: <https://www.welt.de/geschichte/article237082635/Streitfall-Nato-Erweiterung-Gorbatschow-bestreitet-energisch-betrogen-worden-zu-sein.html>

20 28. Februar 2022, theguardian.com: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/feb/28/nato-expansion-war-russia-ukraine>

aufzunehmen. Und auch der Kreml warnte: „Der Beitritt wäre ein großer strategischer Fehler, der die schlimmsten Folgen für die gesamteuropäische Sicherheit haben wird“, sagte der damalige Vizeaußenminister Alexander Gruschko der russischen Nachrichtenagentur INTERFAX.

Doch nach der Krim-Annexion wurden die Rufe nach einem NATO-Beitritt auch innerhalb der Ukraine lauter. Sowohl der damalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko als auch sein amtierender Nachfolger Wolodymyr Selenskyj pochten auf eine NATO-Mitgliedschaft, den Warnungen von Frank-Walter Steinmeier, damals noch Bundesaußenminister, zum Trotz: „Man sollte aufpassen, dass man mit bestimmten Entscheidungen nicht noch Öl ins Feuer gießt“, mahnte Steinmeier damals zur Vorsicht.

Im Februar 2019 verankerte das ukrainische Parlament den Wunsch zum Beitritt zur EU und NATO schlussendlich in der Verfassung.

## Wovor hat Moskau Angst?

Die Hauptsorge Moskaus gegenüber der Ukraine beschreibt der US-Politologe und ehemalige Marine-Infanterieoffizier Rob Lee folgendermaßen: Aus Russlands Perspektive ist die Ukraine seit 2014 ein feindseliger Staat, der militärisch immer mehr aufrüstet und seine Beziehungen zum westlichen Militärbündnis NATO verbessert. Dies nehme Russland als steigende militärische Bedrohung wahr, so der Politologe, und wolle die Entwicklung dringend aufhalten. Das Szenario von Langstreckenraketen, die von der NATO in der Ukraine stationiert werden und die binnen Minuten Moskau erreichen können, wolle Putin um jeden Preis vermeiden.

Dafür habe Russland zunächst auf „Abschreckung“ gesetzt und seit April 2021 immer mehr Truppen an der ukrainischen Grenze stationiert. Putins Ziele – etwa, dass der Westen einen NATO-Beitritt der Ukraine ausschließt – habe Russland so aber nicht erreichen können, erläutert Lee. Angesichts seiner begrenzten Mittel, politischen Einfluss in Kiew zu nehmen, und mit Blick auf das mangelnde Entgegenkommen des Westens bezüglich der NATO-Mitgliedschaft, sei dem russischen Präsidenten keine andere Option mehr geblieben als die militärische Intervention. Putin glaube vermutlich, „dass eine erhebliche militärische Eskalation heute weniger kostspielig wäre als in der Zukunft, wenn die Ukraine ihre militärischen Fähigkeiten weiter ausbaut“.

## Putins gesicherter Zugang zur Schwarzmeerflotte

Dass Moskau zu militärischen Maßnahmen bereit sei, um seine Interessen im nahen Ausland durchzusetzen, illustriert der Außenpolitik-Experte Tim Marshall in seinem Buch „Prisoners of Geography“. Laut Marshall war schon die Annektierung der Krim – die viele als Vorspiel des heutigen Krieges betrachten – unausweichlich für den russischen Präsidenten. Als die ukrainische Bevölkerung 2014 gegen die russlandfreundliche Regierung von Wiktor Janukowitsch aufbegehrte, habe Putin keine andere Wahl gehabt: „[E]r musste die Krim annektieren, auf der sich nicht nur viele russischsprachige Ukrainer befanden, sondern vor allem der Hafen von Sewastopol“, konstatiert Marshall. Denn dort sei die Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation stationiert. Diese sei für Putin essenziell, um Russland im Falle eines Angriffs verteidigen zu können. Eine pro-westliche Ukraine hätte den freien Zugang zu Russlands einzigem ganzjährig eisfreien Hafen dagegen womöglich blockieren können. Putins geopolitische Zwangslage sei damals auch in seiner Rede über die Annexion zum Ausdruck gekommen. Darin sagte er: „Russland befand sich in einer Lage, aus der es sich nicht zurückziehen konnte. Wenn man die Feder bis zum Anschlag zusammendrückt, wird sie hart zurückschnellen. Daran müssen Sie immer denken.“

## „In diesem Konflikt ist Putin der Aggressor“

Dem Argument mancher westlicher Provokationen durch die NATO-Osterweiterung kann der Politikjournalist Hubertus Volmer nichts abgewinnen. Volmer sieht in den Forderungen des Kremls keineswegs legitime Sicherheitsinteressen.

Vielmehr wolle Putin die Geschichte gewaltsam auf die Zeit vor der ersten NATO-Osterweiterung zurückdrehen – auch, weil er eine demokratische und prosperierende Ukraine, die unweigerlich auch die „Defizite des Systems Putins“ aufzeigen würde, nicht ertragen könne, konstatiert er auf dem Nachrichtenportal [N-TV.de](https://www.n-tv.de)<sup>21</sup>.

Dazu sei das Narrativ der verletzten Sicherheitsinteressen des Kremls unglaubwürdig, weil Russland dasselbe Argument für andere osteuropäische NATO-Mitglieder nicht gelten lasse: „Sie traten bei, weil sie sich von Russland bedroht fühlten (...)“, wendet Volmer ein. Der aktuelle Krieg gehe allein auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin zurück.

## Eine demokratische Ukraine als „Moskaus schlimmster Albtraum“

Auch der Bonner Politikwissenschaftler Iulian Romanyshyn hält das Narrativ von Russlands missachtetem Sicherheitsbedürfnis für eine Mär. In seinem Kommentar für die US-Denkfabrik [ATLANTIC COUNCIL](https://www.atlanticcouncil.org)<sup>22</sup> vertritt der ukrainisch-stämmige Autor die These, dass Putin sich auch mit einem Zugeständnis des Westens – nämlich der dauerhaften ukrainischen Neutralität – nicht zufriedengeben würde. Laut Romanyshyn zeichnet die jüngste Geschichte ein anderes Bild – denn Putin sei im Jahr 2014 keineswegs davor zurückgeschreckt, auf der Halbinsel Krim einzumarschieren, obwohl die Ukraine 2010 offiziell den Status eines bündnisfreien Staates angenommen hatte. Auch das Nachbarland Moldau habe sich nie aktiv um eine NATO-Mitgliedschaft bemüht. „Dennoch halten russische Streitkräfte weiterhin die moldauische Region Transnistrien besetzt“, wendet Romanyshyn ein. „Die Vorstellung, dass eine militärisch neutrale, aber ansonsten westlich orientierte Ukraine für Russland akzeptabel wäre, ist reines Wunschdenken“, meint der Autor. Er ist überzeugt, dass die größte Angst Russlands keineswegs die ferne Aussicht auf eine ukrainische NATO-Mitgliedschaft ist. „Moskaus schlimmster Albtraum ist eine demokratische, unabhängige und zunehmend wohlhabende Ukraine, die außerhalb der Reichweite des russischen Einflusses existiert“, so Romanyshyn. Putins Motiv sei simpel: Der Machthaber sehe sein eigenes autoritäres Modell durch eine europäische Ukraine bedroht.

## Wladimir Putins sowjetisch sozialisiertes Geschichts- und Weltbild

Auf welchem Weltbild Putins Selbstverständnis beruhen könnte, beschreiben die Historiker:innen Philip Rosin und Anna Kim. So zeichne sein historischer [Aufsatz](#)<sup>23</sup> über die „Einheit der Russen und der Ukrainer“ aus dem Jahr 2021 die Entwicklung des russischen Staates anhand einer Kette von Eroberungskriegen nach. Laut Rosin und Kim gibt dieser Text gleichzeitig auch Putins Selbstverständnis als Machtpolitiker preis: „Demnach sind starke Herrscher und autoritäre Politik der Garant dafür, dass das Land sich bis in die Gegenwart in Kriegen behaupten konnte, vor allem gegen Feinde aus dem Westen“, stellen

21 21. Februar 2022, n-tv.de, von Hubertus Volmer: [https://www.n-tv.de/politik/politik\\_kommentare/In-diesem-Konflikt-ist-Putin-der-Aggressor-article23143702.html](https://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/In-diesem-Konflikt-ist-Putin-der-Aggressor-article23143702.html)

22 04. Februar 2022, atlanticcouncil.org, von Iulian Romanyshyn: <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/russia-demands-security-guarantees-but-what-putin-really-wants-is-ukraine/>

23 16. Juli 2021, nzz.ch, von Markus Ackeret: <https://www.nzz.ch/international/russland-und-ukraine-putin-schreibt-brisanten-aufsatz-id.1635817>

sie im politischen Magazin [CICERO](#)<sup>24</sup> heraus. Indem er die sowjetische Siegesymbolik in seinen Aufsätzen verehere, demonstriere Putin seinen globalen Machtanspruch – und nicht etwa nur das Interesse, die Sicherheit des eigenen Landes zu gewährleisten. Nach ihrer Analyse kommt in den geschichtspolitischen Aussagen des Kreml-Chefs „eine fundamentale Feindseligkeit gegenüber dem liberalen Westen“ zum Ausdruck. Dabei gehe es keineswegs um eine ausgewogene Darstellung historischer Ereignisse. Vielmehr gehe es darum, die Geschichte gegen Opposition und westliche Staaten zu nutzen – auch in Hinblick auf die Ukraine.

### Verteidigt Putin mit seinem Krieg Moskaus Sicherheitsbedürfnis?

Dass Putins bedrohtes Sicherheitsbedürfnis tatsächlich die Triebfeder seines Angriffs auf die Ukraine ist, ist nicht ausgeschlossen. Die kontinuierliche Osterweiterung der NATO ist dem Kreml seit Jahren ein Dorn im Auge. Allerdings verliert Putins Kernargument an Substanz, indem er sich mit seinen eigenen Sicherheitsinteressen konsequent über die seiner kleineren Nachbarstaaten hinwegsetzt.

Dennoch kann kaum bestritten werden, dass Russlands geopolitischer Status durch eine nach Westen orientierte Ukraine geschwächt würde. Allerdings ist gleichermaßen angesichts von Putins öffentlichen Äußerungen zur Ukraine zumindest davon auszugehen, dass sein Angriffskrieg neben strategischen Gründen auch von historischen Überzeugungen getrieben wird. Ob Putins Krieg dabei vor allem seinem vermeintlichen westlichen Feindbild gilt, darüber lässt sich nur spekulieren.

Dass die NATO-Alliierten trotz der Warnrufe aus Moskau weiter auf ihr Kernprinzip der „offenen Tür“ pochten, nach dem jedes Land seine Bündnisse frei wählen kann, dürfte den Machthaber in Moskau erzürnt haben.

### Anmerkung der Redaktion:

Mit dem SPIEGEL und dem GUARDIAN zitieren wir zwei traditionell eher links einzuordnende Medien. Der GUARDIAN gilt als eine der drei großen Tageszeitungen in Großbritannien und positioniert sich meist pro-europäisch. Der SPIEGEL gilt als meistzitiertes Leitmedium in Deutschland. Die Website des SPIEGEL hat laut der „Arbeitsgemeinschaft Online-Forschung“ im November 2021 knapp 500.000 weniger Menschen mit seinem Online-Auftritt erreicht als die ebenfalls von uns zitierte WELT, die rund 25,8 Millionen Nutzer:innen zu verzeichnen hatte. Die WELT berichtet wie die meisten Medien des Axel-Springer-Verlags eher konservativ. WELT-Autor:innen bekennen sich zu den Leitlinien des Axel-Springer-Verlages, die unter anderem ein Eintreten für „die freie und soziale Marktwirtschaft“ sowie Solidarität mit den USA und Israel fordern. Von der WELT kann man daher eher positive Berichterstattung über die NATO erwarten. Auch das Polit-Magazin CICERO wird beispielsweise von der TAZ und dem Medienmagazin MEEDIA als konservativ eingeordnet. ÜBERMEDIEN kennzeichnete den CICERO 2019 als „für ganz links zu rechts, für ganz rechts zu mittig“.

N-TV ist ein reines Online-Angebot. N-TV wird von der RTL-Mediengruppe betrieben. Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG skizziert N-TV als „seriösen Gegenakzent“ zu den quotenstarken Unterhaltungsformaten, mit

24 02. März 2022, cicero.de, von Anna Kim und Philip Rosin: [https://www.cicero.de/aussenpolitik/im-krieg-mit-dem-westen-wladimir-putins-geschichts-und-weltbild?utm\\_source=cicero\\_nl&utm\\_medium=cicero\\_nl&utm\\_campaign=newsletter](https://www.cicero.de/aussenpolitik/im-krieg-mit-dem-westen-wladimir-putins-geschichts-und-weltbild?utm_source=cicero_nl&utm_medium=cicero_nl&utm_campaign=newsletter)

denen RTL den Markt in Deutschland beherrsche. Anders, als der Name vermuten ließe, kommt das Wochenmagazin INDIA TRIBUNE aus Chicago: Es beschäftigt sich mit Themen, die von Interesse für Amerikaner:innen mit indischen Wurzeln sind sowie mit Nachrichten aus Indien. Indien und Russland pflegen seit jeher eher freundschaftliche Beziehungen – auch die russische Invasion in der Ukraine will die indische Regierung nicht verurteilen.

Das ATLANTIC COUNCIL sowie das FOREIGN POLICY RESEARCH INSTITUTE (FPRI) sind in den USA ansässige Denkfabriken. Beide Denkfabriken sind in ihrer Finanzierung unabhängig von den USA und der NATO. Finanziert werden die Denkfabriken durch Spenden von Privatpersonen, Stiftungen und teilweise auch durch Spenden von Staaten. Das FPRI beschäftigt sich hauptsächlich mit Analysen und Ratschlägen für die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik. Auch das ATLANTIC COUNCIL liefert Beratungen und Analysen für die US-Politik, die vom ATLANTIC COUNCIL als Führerin des transatlantischen Bündnisses gesehen wird. Das transatlantische Bündnis beschreibt die USA mitsamt der europäischen Verbündeten. Aus verteidigungspolitischer Sicht ist das transatlantische Bündnis gleichzusetzen mit der NATO. Aus Sicht des ATLANTIC COUNCIL kann nur die „atlantische Gemeinschaft die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ beantworten.

## THESE 3

„Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ist eine Marionette des Westens und führt daher ein prowestliches Korruptionsregime in der Ukraine, von dem jene befreit werden muss.“



Bild: Ukrainian Presidential Press Service

„Wilde Gesetze, Impfstoffverweigerung und sich verschlechternde Beziehungen zu Russland: Wer zwingt den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelenskyy zu absurden Entscheidungen? Der Westen hat einen erheblichen Einfluss auf den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelenskyy. Dies erklärte der ehemalige Abgeordnete der Werchowna Rada Volodymyr Oliynyk in einem Gespräch mit iReactor. Seiner Meinung nach ist Zelenskyy kein unabhängiger Politiker. Die Tatsache, dass das Staatsoberhaupt keinen Einfluss auf das Land hat, zeigt sich in der Frage der Impfstoffe und des Personals. Zelenskyy hätte mit Hilfe der Wähler ein unabhängiger Politiker werden können, ‚aber jetzt wird er von den Amerikanern beherrscht‘, so Oliynyk.“

SPUTNIK, „Marionette des Westens: Experte erklärt, warum Zelenskyy ein ‚Witzpräsident‘ ist“, 04.07.2021

Vom Komiker zum Revolutionär, vom Landesvater zum Kriegshelden – der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat viele Gesichter. Für die Menschen in der Ukraine ist der 44-Jährige zu einer Symbolfigur des pro-westlichen Widerstands geworden. Doch seit in seinem Land der Krieg wütet, trägt Selenskyj einen weiteren Titel: Der russische Präsident Wladimir Putin hat seinen Kontrahenten zum Staatsfeind Nummer 1 erklärt. Vor der Weltöffentlichkeit sät der Kreml-Chef die Erzählung, Selenskyj werde seit seinem Amtsantritt im Jahr 2019 vom Westen instrumentalisiert.

Putin unterstellt Washington und der NATO, die Ex-Sowjetrepublik als Spielball eigener Interessen zu benutzen, um Russland geopolitisch zu schwächen: „Die USA und die Nato haben schamlos damit begonnen, das Territorium der Ukraine als Schauplatz möglicher Kampffaktionen zu erschließen“, behauptet Putin zwei Tage vor Kriegsbeginn in seiner [TV-Ansprache](#)<sup>25</sup>. Selenskyj inszeniere sein Land dabei als „Opfer einer äußeren Aggression“, um die Aufmerksamkeit und das Geld des Westens auf sich zu ziehen. Von diesem „Marionettenstaat der USA“ gelte es die Ukraine zu befreien.

25 24. Februar 2022, Der Spiegel: <https://www.youtube.com/watch?v=UsTkbNv1x4E>

## Was genau ist eigentlich ein Marionettenstaat?

Laut Völkerrecht muss ein souveräner Staat seine inneren und äußeren Angelegenheiten eigenständig regeln können. Marionettenstaaten hingegen sind von der Unterstützung Dritter abhängig. Sie unterliegen der politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Macht sogenannter „Patenstaaten“. Der Völkerrechtler Bogdan Ivanel konstatiert 2016 im [„Yearbook of International Humanitarian Law“](#)<sup>26</sup>, das Phänomen der Marionettenstaaten habe in den letzten Jahrzehnten weltweit an Bedeutung gewonnen. „Der Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion brachte diesem Phänomen [...] einen Boom“, hebt Ivanel hervor und verweist dabei etwa auf Abchasien, Südossetien und Transnistrien. Daneben macht der Autor einen weiteren Marionettenstaat aus: die Ostukraine – wo Russland versuche, seine Einflusszone auf Kosten eines fremden Territoriums auszubauen.

Wissenschaftliche Publikationen, die die westlich orientierte Ukraine unter Selenskyj als Marionettenstaat anführen, liegen nicht vor. Der Völkerrechtler Ivanel macht zudem deutlich, dass nicht jeder Staat, der über einen längeren Zeitraum ausländische Hilfe erhält, automatisch auch ein Marionettenstaat sei. So könne ein Land auch vorübergehend auf die Unterstützung Dritter angewiesen sein – etwa, um seine Unabhängigkeit zu sichern. „Im Gegensatz zu De-facto-Staaten oder im Entstehen begriffenen Staaten besteht das Ziel eines Marionettenstaates nicht in seiner Unabhängigkeit, sondern in seiner Integration in den Patenstaat“, legt Ivanel dar.

## Die Ukraine als strategischer Partner des Westens

Eines ist klar: Spätestens seit der Annexion der Krim unterstützt der Westen die Ukraine mit umfangreichen Mitteln. „Wir sind der festen Überzeugung, dass eine demokratische, wohlhabende und sichere Ukraine nicht nur im Interesse des ukrainischen Volkes, sondern auch im Interesse der Vereinigten Staaten und der internationalen Gemeinschaft ist“, zitiert das [US-Außenministerium](#)<sup>27</sup> US-Außenminister Antony J. Blinken. Folglich habe Amerika dem Land seit dem Jahr 2014 etwa 7,3 Milliarden Dollar zugesagt. Daneben unterzeichnete US-Präsident Joe Biden am 15. März den „Ukraine Supplemental Appropriations Act“, mit dem weitere 13,6 Milliarden Dollar bereitgestellt werden sollen – „um der Ukraine zu helfen, sich gegen Russlands grundlose Invasion zu verteidigen“.

Laut [Auswärtigem Amt](#)<sup>28</sup> hat auch Deutschland „großes Interesse an einer stabilen, demokratischen und wirtschaftlich florierenden Ukraine“. Daher habe die Bundesrepublik dem osteuropäischen Land seit 2014 insgesamt rund 1,83 Milliarden Euro an bilateraler Unterstützung bereitgestellt. Dass jedoch auch die Wahl des amtierenden Präsidenten Wolodymyr Selenskyj durch finanzielle Hilfen aus dem Westen gelenkt wurde, dafür gibt es bis heute keine Belege.

## Der Aufstieg des Wolodymyr Selenskyj

Zur Präsidentschaftswahl war Selenskyj mit einem großen Versprechen angetreten: Er werde eine „Ukraine der Träume“ errichten, Krieg und Korruption ein Ende bereiten. Gänzlich neu war das Drehbuch seines Aufstiegs nicht: In der TV-Comedyserie „Diener des Volkes“ spielte der Komiker in den Jahren zuvor einen Lehrer, der zufällig Präsident wird und als Landesvater gegen das Establishment kämpft.

26 November 2016, app.dimensions.ai, von Terry D. Gill: <https://app.dimensions.ai/details/publication/pub.1029712792>

27 April 2022, state.gov: <https://www.state.gov/united-with-ukraine/>

28 08. April 2022, auswaertiges-amt.de: <https://www.auswaertiges-amt.de/en/aussenpolitik/laenderinformationen/ukraine-node/ukraine-support/2510752>



Im April 2019 endete seine TV-Karriere: In der Stichwahl erzielte der politische Newcomer mehr als 73 Prozent der Stimmen.

Laut [Wahlbeobachtungsbericht](#)<sup>29</sup> des Europarats (PACE) lief der Wahlkampf frei und wettbewerbsorientiert ab. Zwar stellte das Komitee auch diverse Mängel fest – etwa in der Wahlkampffinanzierung oder dem Medienpluralismus. Dennoch resümiert die PACE-Delegation, dass die Grundfreiheiten „im Allgemeinen geachtet“ wurden. Das Kandidaten-Spektrum habe der Bevölkerung eine breite Auswahl geboten – auch wenn die inhaltliche Debatte im Vorfeld der Wahl begrenzt gewesen sei.

### Vom Hoffnungsträger zum Kämpfer für die Freiheit

Der Soziologe Andrij Bytschenko vom Kiewer Rasumkow-Forschungszentrum sagte der [DEUTSCHEN WELLE](#)<sup>30</sup>, durch sein künstlerisches Schaffen sei der Komiker über die Jahre zu einem „Inbegriff einer Opposition gegen das Establishment“ geworden. Drei Jahre nach seinem Wahlsieg erreichten Selenskyjs Beliebtheitswerte dennoch einen Tiefpunkt: Den Krieg im Osten der Ukraine konnte der politische Newcomer nicht befrieden. Und auch seine Nähe zu Eliten wie dem Oligarchen und Medienunternehmer Ihor Kolomojskyj sowie ihm nachgesagte Verstrickungen in Offshore-Geschäfte hatten am Image des vermeintlichen Anti-Korruptionskämpfers gekratzt.

Doch der russische Überfall markierte einen Wendepunkt, wie der Osteuropa-Experte Jasper Steinlein in einem [PHOENIX](#)<sup>31</sup>-Portrait unterstreicht. Im Gegensatz zu Putin, der sich zunehmend abschottete, demonstrierte Selenskyj auch in der Krise seine unerschütterliche Nähe zum Volk. „Ich bin hier – und wir legen die Waffen nicht ab“: Diese Botschaft verbreitete Selenskyj etwa am Tag der russischen Invasion über die sozialen Netzwerke – und avancierte damit zum Mutmacher und Motivator. Dass Selenskyj im Kriegszustand eine besondere Stärke beweist, sieht längst nicht nur Steinlein so: Die Widerstandskraft des ukrainischen Präsidenten hat ihm seit Kriegsbeginn weltweite Anerkennung verschafft.

### Ist die Ukraine ein Marionettenstaat des Westens?

Dennoch weist das politische Erbe seiner Vorgänger dem Quereinsteiger Grenzen auf. In einem Forschungsbericht der STIFTUNG WISSENSCHAFT UND POLITIK (SWP) beschreibt der Politikwissenschaftler André Härtel die Führung der postsowjetischen Ukraine als Balanceakt: Einerseits sei ihr politisches System in der Transformation zwischen Autokratie und Demokratie noch immer von informellen Mächten innerhalb des Landes geprägt – etwa von Oligarchen oder anderen inoffiziellen Veto-Akteuren. Andererseits sei die Ukraine sicherheitspolitisch wie wirtschaftlich von der westlichen Staatengemeinschaft abhängig, die wiederum auf eine ambitionierte Reformagenda poche.

Dass Selenskyj gegenüber seinen westlichen Partnerstaaten jedoch keineswegs um deutliche Worte verlegen ist, machte er seit dem russischen Einmarsch in zahlreichen öffentlichen Auftritten deutlich: So forderte er von der NATO mehrfach vergeblich eine Flugverbotszone über seinem Land und kritisierte die EU-Länder zuletzt scharf für ihren Umgang mit russischen Gas- und Öllieferungen. Der Vorwurf, dass die Ukraine sich vollständig den Interessen des Westens unterordnet, erscheint auch in diesem Lichte wenig haltbar.

29 23. Mai 2019, assembly.coe.int, von Angela Smith: <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=27698&lang=en>

30 04. April 2019, dw.com, von Roman Goncharenko: <https://www.dw.com/de/selenskyj-wahlerfolg-dank-tv-serie/a-48199041>

31 2022, phoenix.de, von Claudia Davies: <https://www.phoenix.de/sendungen/ereignisse/phoenix-plus/selenskyj---praesident-der-ukraine-a-2582419.html>

Kaum bestreiten lässt sich, dass der Westen sich angesichts seiner umfangreichen Hilfen zu einem zentralen Akteur für die Ukraine entwickelt hat. Dass Selenskyj sich deshalb aber von seinen Geberländern wie eine Marionette lenken lasse, sagt ihm abseits von russischen Medien kaum jemand nach. Auch Beweise, die diese These ernsthaft untermauern, liegen bis heute nicht vor. Die Ukraine ist ein souveräner Staat mit einem unabhängig gewählten Präsidenten, dessen territoriale Integrität in diesen Tagen durch Russland infrage gestellt wird – und nicht etwa durch den Westen.

### Anmerkungen der Redaktion:

Fundament unserer Ausführungen sind zum einen offizielle Informationen der USA. Das US-Außenministerium gibt Informationen heraus, wie viel Geld sie für strategische Projekte in Partnerländern zahlen. Seit 2014 haben die USA der Ukraine laut eigenen Angaben Hilfen im Wert von über 7,3 Milliarden Dollar gewährt: darunter militärische Ausrüstung aber auch humanitäre Hilfsgüter. Welche Hilfsgüter genau damit gemeint sind, wird allerdings nicht ersichtlich.

Überdies beziehen wir uns auf die Wahlbeobachtung des Europarats (nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat oder dem Rat der Europäischen Union, die beide EU-Institutionen sind). Der Europarat ist eine 1949 gegründete Menschenrechtsorganisation, der zurzeit 46 Staaten angehören. Am 16. März 2022 ist Russland aufgrund der Ukraine-Invasion ausgeschlossen worden. Der Europarat führt wie viele Menschenrechtsorganisationen Wahlbeobachtungen durch, um das in den Europarats-Konventionen festgelegte Ziel der Sicherung demokratischer Grundsätze zu gewährleisten.

Ferner beziehen wir uns auf die DEUTSCHE WELLE (DW). DW ist der Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland. Er wird aus Bundesmitteln finanziert und ist Mitglied der ARD. Ähnlich wie die DEUTSCHE WELLE wird auch die BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (BPB) aus öffentlicher Hand finanziert. Die BPB ist eine dem Deutschen Innenministerium nachgeordnete Behörde und liefert Hintergrundinformationen zu politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen. Anders als DW ist der STERN ein privat finanziertes Magazin, das wie der SPIEGEL zu den deutschen Leitmedien gezählt wird. In der politischen Grundausrichtung beschreibt das Goethe-Institut den STERN als „tendenziell eher links“. Das Magazin beleuchtet politische und gesellschaftliche Themen, bietet klassische Reportagen und porträtiert Prominente.

# Desinformation im Ukraine-Krieg

## QUELLEN

- 1 24. Februar 2022, Der Spiegel: <https://www.youtube.com/watch?v=UsTkbnV1x4E>
- 2 April 2022, lpb.nrw: <https://www.politische-bildung.nrw.de/themen/was-bewegt-nrw>
- 3 April 2022, freedomhouse.org: <https://freedomhouse.org/country/russia/freedom-world/2022>

### THESE 1

- 4 02. Mai 2014, LTO Legal Tribune Online, Dr. Eike Fesefeldt: [https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/2014-odessa-42-tote-buergerkreig-brand-ukraine-russland-un-europarat-ermittlungen-emrk/#\\_blank](https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/2014-odessa-42-tote-buergerkreig-brand-ukraine-russland-un-europarat-ermittlungen-emrk/#_blank)
- 5 18. Juli 2014, stern.de, von Dominik Brück: <https://www.stern.de/panorama/weltgeschehen/malaysia-airlines-wurde-die-maschine-aus-versehen-abgeschossen--3938348.html>
- 6 14. September 2014, stern.de: <https://www.stern.de/politik/ausland/ukraine-konflikt-artilleriebeschuss-am-flughafen-von-donezk-3616574.html>
- 7 25. Januar 2015, stern.de: [https://www.stern.de/politik/ausland/eskalation-in-ukraine--raketeneinschlag-verwandelt-strasse-in-mariupol-in-flammeninferno---video-3483122.html#gions#\\_blank](https://www.stern.de/politik/ausland/eskalation-in-ukraine--raketeneinschlag-verwandelt-strasse-in-mariupol-in-flammeninferno---video-3483122.html#gions#_blank)
- 8 28. Juli 2014, carnegieendowment.org, von Thomas von Waal: [https://carnegieendowment.org/2014/07/28/crying-genocide-use-and-abuse-of-political-rhetoric-in-russia-and-ukraine-pub-56265#\\_blank](https://carnegieendowment.org/2014/07/28/crying-genocide-use-and-abuse-of-political-rhetoric-in-russia-and-ukraine-pub-56265#_blank)
- 9 2019, swp-berlin.org, von Sabine Fischer: [https://www.swp-berlin.org/en/publication/donbas-konflikt-schwieriger-friedensprozess#\\_blank](https://www.swp-berlin.org/en/publication/donbas-konflikt-schwieriger-friedensprozess#_blank)
- 10 03. März 2022, fr.de, von Ulrich Krökel: [https://www.fr.de/politik/ukraine-krise-konflikt-russland-putin-genozid-voelkermord-donbass-faktencheck-91361283.html#\\_blank](https://www.fr.de/politik/ukraine-krise-konflikt-russland-putin-genozid-voelkermord-donbass-faktencheck-91361283.html#_blank)
- 11 22. Februar 2022, bbc.com, von Reality Check-Team: [https://www.bbc.com/news/6047712#\\_blank](https://www.bbc.com/news/6047712#_blank)
- 12 März 2022, osce.org: [https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine#\\_blank](https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine#_blank)
- 13 2014, Amnesty International: [https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CAT/Shared%20Documents/UKR/INT\\_CAT\\_NGO\\_UKR\\_18677\\_E.pdf#\\_blank](https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CAT/Shared%20Documents/UKR/INT_CAT_NGO_UKR_18677_E.pdf#_blank)
- 14 geneva.mid.ru: [https://geneva.mid.ru/en\\_US/web/geneva\\_en/donbasstragedy#\\_blank](https://geneva.mid.ru/en_US/web/geneva_en/donbasstragedy#_blank)
- 15 18. Februar 2022, dw.com, von Danilo Bilek: [https://www.dw.com/de/was-%C3%BCber-massengr%C3%A4ber-im-donbass-bekannt-ist/a-60832326#\\_blank](https://www.dw.com/de/was-%C3%BCber-massengr%C3%A4ber-im-donbass-bekannt-ist/a-60832326#_blank)
- 16 20. Februar 2022, Analytics: <https://truth-hounds.org/en/mass-casualty-burials-in-the-uncontrolled-territories-of-the-donetsk-and-luhansk-regions/>

### THESE 2

- 17 23. März 2014, derfunke.at: <https://derfunke.at/aktuelles/international/europa/10051-die-folgen-des-anschlusses-der-krim-an-russland>
- 18 18. Februar 2022, spiegel.de, von Klaus Wiegrefe: <https://www.spiegel.de/ausland/nato-osterweiterung-aktenfund-stuetzt-russische-versions-a-1613d467-bd72-4f02-8e16-2cd6d3285295>
- 19 26. Februar 2022, welt.de, von Sven Felix Kellerhoff: <https://www.welt.de/geschichte/article237082635/Streitfall-Nato-Erweiterung-Gorbatschow-bestreitet-energisch-betrogen-worden-zu-sein.html>
- 20 28. Februar 2022, theguardian.com: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/feb/28/nato-expansion-war-russia-ukraine>
- 21 21. Februar 2022, n-tv.de, von Hubertus Volmer: [https://www.n-tv.de/politik/politik\\_kommentare/In-diesem-Konflikt-ist-Putin-der-Aggressor-article23143702.html](https://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/In-diesem-Konflikt-ist-Putin-der-Aggressor-article23143702.html)
- 22 04. Februar 2022, atlanticcouncil.org, von Iulian Romanushyn: <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/russia-demands-security-guarantees-but-what-putin-really-wants-is-ukraine/>
- 23 16. Juli 2021, nzz.ch, von Markus Ackeret: <https://www.nzz.ch/international/russland-und-ukraine-putin-schreibt-brisanten-aufsatz-ld.1635817>

### THESE 3

- 24 02. März 2022, cicero.de, von Anna Kim und Philip Rosin: [https://www.cicero.de/aussepolitik/im-krieg-mit-dem-westen-wladimir-putins-geschichts-und-weltbild?utm\\_source=cicero\\_nl&utm\\_medium=cicero\\_nl&utm\\_campaign=newsletter](https://www.cicero.de/aussepolitik/im-krieg-mit-dem-westen-wladimir-putins-geschichts-und-weltbild?utm_source=cicero_nl&utm_medium=cicero_nl&utm_campaign=newsletter)
- 25 24. Februar 2022, Der Spiegel: <https://www.youtube.com/watch?v=UsTkbnV1x4E>
- 26 November 2016, app.dimensions.ai, von Terry D. Gill: <https://app.dimensions.ai/details/publication/pub.1029712792>
- 27 April 2022, state.gov: <https://www.state.gov/united-with-ukraine/>
- 28 08. April 2022, auswaertiges-amt.de: <https://www.auswaertiges-amt.de/en/aussepolitik/laenderinformationen/ukraine-node/ukraine-support/2510752>
- 29 23. Mai 2019, assembly.coe.int, von Angela Smith: <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=27698&lang=en>
- 30 04. April 2019, dw.com, von Roman Goncharenko: <https://www.dw.com/de/selenskyj-wahlerfolg-dank-tv-serie/a-48199041>
- 31 2022, phoenix.de, von Claudia Davies: <https://www.phoenix.de/sendungen/ereignisse/phoenix-plus/selenskyj---praesident-der-ukraine-a-2582419.html>

**Landeszentrale für politische Bildung  
Nordrhein-Westfalen**

im Ministerium für Kultur und Wissenschaft  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Referat 511 - Grundsatzangelegenheiten und  
Förderung der politischen Bildung

Völklinger Str. 4  
40219 Düsseldorf  
Telefon 0211 896 - 4844  
Telefax 0211 896 - 4262

info@politische-bildung.nrw.de  
www.lpb.nrw

Instagram/Facebook/YouTube: @lpbnrw

In Zusammenarbeit mit

**Buzzard**

Lohmühlenstraße 65  
12435 Berlin  
info@thebuzzard.org  
Telefonnummer: 0177 9317623  
Geschäftsführer Felix Friedrich &  
Dario Nassal